

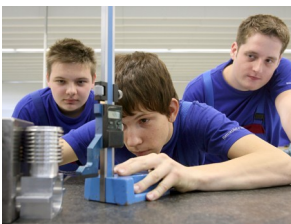
Björn Säger, MdB

Newsletter aus Berlin

FDP-Diskussionsveranstaltung zum Fachkräftemangel

Gerade in den Ländlichen Räumen Deutschlands macht sich die demographische Entwicklung noch deutlicher bemerkbar

Diskussion über liberale Strategien zur Sicherung des Fachkräftebedarfs



als in den Metropolregionen. Dies hat nicht nur Auswirkungen auf die Zusammensetzung der Gesellschaft, sondern auch auf den Arbeitsmarkt und die Zahl der qualifizierten Fachkräfte vor Ort. Das Bundeswirtschaftsministerium mit Minister

Rainer Brüderle hat sich bereits des Themas „Fachkräftemangel“ angenommen und erkannt, dass die Sicherung des Fachkräftebedarfs eine strukturelle Herausforderung für den Wachstumspfad der deutschen Volkswirtschaft ist. Es ist zu erwarten, dass bis zum Jahr 2020 der zusätzliche Bedarf an Fachkräften um 1,8 Millionen (Studie des Instituts zur Zukunft der Arbeit) steigen wird. Die Gründe für den Mehrbedarf an Fachkräften liegen im Strukturwandel und den steigenden Qualifikationsanforderungen aufgrund des technischen Fortschritts. Dank seiner oft mittelständischen Strukturen bietet der Ländliche Wirtschaftsraum die Chance, gerade junge Menschen in der Region und für die Region auszubilden.

Am 4. Februar 2011 sollen im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung der FDP-Bundestagsfraktion in Baunatal die wirtschaftlichen Chancen und Probleme des Ländlichen Raums diskutiert werden. Ich werde die Diskussionsrunde moderieren, an der neben Mitarbeitern vom Regionalmanagement Nordhessen und der Universität Kassel unter anderem auch Vertreter der Handelskammer Kassel teilnehmen. Inhaltlichen Input werden der stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion Dr. Heinrich Kolb, der Staatssekretär im Hessischen Wirtschaftsministerium Steffen Saebisch, sowie die Bundestagsabgeordnete Mechthild Dyckmans und der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion Jürgen Lenders geben.

Koalition reagiert angemessen auf Dioxinfunde

Die Dioxinfunde in Lebens- und Futtermitteln haben die Verbraucherinnen und Verbraucher stark verunsichert. Viele Landwirte haben unverschuldet mit diesem Vertrauensverlust zu kämpfen. Die Schlachtungen von Schweinen und Geflügel, der Verkauf von Eiern sind zurückgegangen und die landwirtschaftlichen Erlöse stark eingebrochen. Es sind insbesondere mittelständische Betriebe

betroffen, die auf die Qualität der von ihnen gekauften Futtermittel angewiesen sind.

Verbraucherschutzministerin Ilse Aigner (CSU) hat mit einem Aktionsplan für mehr Sicherheit und Transparenz in der Futtermittelkette reagiert. Die Maßnahmen orientieren sich an den Forderungen von FDP und Union. Das Ziel des Aktionsplans ist es, Hersteller und Rohstoffe

besser kontrollieren zu können, die Wirtschaft stärker in die Pflicht zu nehmen und die Abläufe transparenter zu gestalten. Zudem soll eine Positivist die Qualität und Sicherheit von Futtermitteln verbessern. Die Abfallentsorgung durch den Tiermagen muss unterbunden werden. Ebenso müssen unverschuldet betroffene Betriebe schnell und unbürokratisch entschädigt werden.

Themen in dieser Ausgabe:

- > Fachkräftemangel im Ländlichen Raum
- > Angemessene Reaktion auf Dioxinfunde
- > Steuervereinfachung
- > Planungsbeschleunigung
- > Rede zu OGAW IV
- > Aus dem Wahlkreis
- > Neues aus dem Büro
- > Enquete-Kommission

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

ich hoffe, Sie sind gut in das neue Jahr gestartet. Das neue Jahr bringt uns Liberalen eine Reihe von Wahlkämpfen, die eine Herausforderung darstellen. Für uns Hessen sind vor allen Dingen die Kommunalwahlen von Bedeutung. Hier wird über den Einsatz unserer Kandidaten vor Ort, über das Engagement für die Angelegenheiten unmittelbar vor der Haustür abgestimmt. Wir haben durchweg gute Kandidatinnen und Kandidaten und unsere Erfolgsbilanz kann sich sehen lassen. Ich hoffe, ich kann mit diesem Newsletter Unterstützung leisten und wünsche viel Spaß beim Lesen!

Ihr

**Maßnahmen werden
bereits 2011 umgesetzt**



In der Finanzpolitik ist der FDP ein erster wichtiger Schritt in Richtung steuerliche Entlastungen gelungen. Nachdem das Finanzministerium für 2011 zunächst keine Steuerersenkungen vorgesehen hatte, und Finanzminister Wolfgang Schäuble die Pläne bis zum nächsten Jahr zurückstellen wollte, konnte nun ein Kompromiss gefunden werden. Die Mehrzahl der im Steuervereinfachungsgesetz vorgesehenen Maßnahmen soll bereits für 2011 gelten und die Bürgerinnen und

Bürger somit schon Ende dieses Jahres um insgesamt 590 Mio. Euro entlastet werden. Darüber hinaus ist die Bundesregierung bereit, für die Kosten der Entlastung selbst aufzukommen und diese nicht auf Länder und Kommunen zu übertragen. Ein zentraler Streitpunkt bestand in der Erhöhung des Arbeitnehmer-Pauschbetrags. Dieser wird nun, wie von der FDP gefordert, rückwirkend zum 01.01.2011 von 920 auf 1000 Euro angehoben. Der Arbeitnehmer-Pauschbetrag bezieht sich

auf Werbungskosten, die vom Finanzamt ohne Nachweis pauschal anerkannt werden. Der Betrag ist in die Lohnsteuertabelle bereits eingearbeitet und wirkt sich demzufolge direkt beim Lohnsteuerabzug steuermindernd aus.

Gerade weil dies aber nur eine geringe Summe ist, kann sie lediglich ein erstes Signal der Entlastung und eine Entbürokratisierung des Steuersystems sein. Für die FDP besteht hier weiterhin Handlungsbedarf.

16 Punkte zur Bürgerbeteiligung und Planungsbeschleunigung

„Wir wollen einerseits die Verfahren und Prozesse beschleunigen. Zugleich wollen wir aber eine stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger.“

Die Welt und damit Deutschland wandelt sich. Damit dieser Wandel für uns zu einer Chance wird, braucht es Bereitschaft zur Veränderung. Wer sich aus Angst vor Veränderung dem Wandel verweigert, gefährdet unsere Zukunft. Denn der Wohlstand unserer Gesellschaft, unser Sozialstaat und die hohe Lebensqualität in

Deutschland sind kein Naturgegebenes, sondern müssen immer wieder aufs Neue erworben werden. Dazu braucht es auch in Zukunft staatliche Infrastrukturprojekte und große private Investitionsvorhaben.

Der Arbeitskreis II der FDP-Fraktion hat daher ein 16-Punkte-Papier mit ersten Maß-

nahmen zur Investitionsbeschleunigung und besseren Bürgerbeteiligung bei Großprojekten beschlossen.

Das Papier gibt es in Kürze auf der Homepage der Bundestagsfraktion (www.fdp-fraktion.de), oder kann über mein Berliner Büro per Mail angefordert werden.

14. Rede im Deutschen Bundestag

Am 27. Januar habe ich in der ersten Lesung zur Umsetzung der OGAW-IV-Richtlinie im Bundestag gesprochen:

„Der vorliegende Gesetzentwurf stellt die Umsetzung der OGAW-Richtlinie dar. (...) Ich denke, im Prinzip sind alle Umsetzungs-gesetze - dies gilt sicherlich auch für dieses vierte - von der Branche begrüßt worden, weil das Produkt und der Rechts-

rahmen Stück für Stück weiterentwickelt wurden. Auch innerhalb der politischen Klasse ist es nicht sonderlich umstritten. Dieses Gesetz ist nicht der Finanzkrise geschuldet. Vielmehr befand es sich ohnehin in der Pipeline, hat eine lange Vorgeschichte und ist gewissermaßen „business as usual“, um den Investmentfonds attraktiver zu machen. Allerdings

sind auch in diesem Gesetzentwurf die Probleme der Finanzkrise aufgegriffen worden. (...) Insgesamt kann man feststellen: Die Branche wird durch eine stärkere Europäisierung gestärkt. Es werden Möglichkeiten geschaffen, vermehrt grenzübergreifend zu investieren.“

Die komplette Rede finden Sie auf www.bjoern-saenger.de



**Rede vom 27. Januar
zur Umsetzung
der OGAW-IV-Richtlinie**

Beflaggung im Berliner Büro

Vor kurzem erschien in der Waldeckischen Landeszeitung mein Aufruf, mich bei der Suche nach einer Flagge des Waldecker Landes zu unterstützen: Seit einigen Wochen habe ich vor meinem Büro in Berlin einen Flaggenständer stehen. Zwei Masten werden schon von der Bundesflagge und der Hessenflagge geschmückt. Leider ist es äußerst schwierig eine Waldecker Flagge zu beschaffen, so dass der dritte Mast bislang leer bleiben musste. Es wäre doch schade, wenn das

Waldecker Land in Berlin nicht durch seine Flagge vertreten wäre.

Der Aufruf hat seine Wirkung nicht verfehlt. Es gab eine unglaubliche Resonanz: Viele Waldecker aus der Heimat und sogar aus dem „Exil“ haben sich mit wertvollen Hinweisen an mein Büro gewandt. Die Suche ist nun abgeschlossen und ich werde in wenigen Tagen die schwarz-rot-goldene Flagge mit goldenem Schild und schwarzem Stern persönlich abholen.

Soweit die erfreulichen Nachrichten. Weniger erfreulich ist jedoch die Tatsache, dass in der Zwischenzeit von dreisten Dieben die Bundesflagge entwendet wurde. Irgendwann zwischen Freitagnachmittag (28.01.) und Montagmorgen (31.01.) hat sich jemand die Mühe gemacht und die Flagge vom Mast gestohlen. Glücklicherweise blieb die rot-weiße Hessenflagge verschont. Es ist um so bestürzender, als dass der Dieb aus dem parlamentarischen Umfeld stammen muss.



„Schwarz-rot-gold sind meine Landesfarben“

Regionalreform vorantreiben

Nicht nachvollziehbar ist die Antwort des Ministerpräsidenten Volker Bouffier auf das Schreiben von Oberbürgermeister Bertram Hilgen und Landrat Uwe Schmitt zu einer möglichen Regionalreform. Es entsteht der Eindruck, als könne oder wolle der Ministerpräsident den Koalitionsvertrag der schwarz-gelben Landesregierung nicht

lesen. Dort ist unmissverständlich festgehalten, dass das Land freiwillige Zusammenschlüsse von Landkreisen bzw. Gemeinden unterstützt. Ebenso unverständlich sind jedoch auch die Äußerungen von Hilgen und Schmitt, dass eine Regionalreform „nur unter anderen politischen Mehrheitsverhältnissen im Land“ zu verwirklichen wä-

ren. Es soll keiner glauben, dass eine rot-grüne Regierung eine Regionalreform unterstützen würde. Der Koalitionsvertrag von SPD und Grünen von 2008, dessen Umsetzung Gott sei Dank erspart blieb, sah zwar ebenfalls eine ‚Regionalreform‘ vor, doch hatten diese nur wenig mit dem gemein, was die Menschen vor Ort wollen.

„Ministerpräsident Bouffier und Innenminister Rhein sollten lieber Koalitionsvertrag lesen.“

Tag der Elektromobilität

Gemeinsam mit dem Sprecher für Elektromobilität der FDP-Bundestagsfraktion, Werner Simmling, besuchte ich drei Betriebe im Wahlkreis. Start der Tour war die Firma FINE Mobile in Rosenthal, die überregional durch die Übernahme der Produktion und Fortentwicklung des Twikes bekannt wurde. Das Twike ist ein dreirädriges Leichtelektromobil für

zwei Personen und gehört zu den meistverkauften Elektroautos in Europa. Der Erfolg des Twikes zeigt ganz klar, dass die automobilen Zukunft in der Vielfalt liegt. Neben klassischen Verbrennungsmotoren werden in Zukunft noch wesentlich mehr alternative Antriebe den Markt bestimmen. Die nächste Station war die Firma German E-Cars in Gre-

benstein. Sie bietet eine ganze Palette von Fahrzeugen und Einzellösungen für die E-Mobilität an. Mit Benni als erstem deutschen Elektro-Serienfahrzeug hat sie 2009 die Vorreiterrolle auf diesem Gebiet übernommen. Zum Schluß konnten wir bei VW in Baunatal sehen, wie ein großer Automobilbauer sich dem Thema annimmt.

Auf E-Mobilitätstour durch Nordhessen



Aus dem Berliner Büro

verstärkt das Team:
Konstanze Schlegelberger



Einen Personalwechsel hat es zum neuen Jahr im Berliner Büro gegeben:

Frau Nora Langensiepen hat das Team zum 31.12.2010 verlassen und wird ab sofort bei KPMG, einem weltweit tätigen Beratungs- und Wirtschaftsprüfungsunternehmen in Berlin, tätig sein. Wir wünschen ihr für ihren weiteren beruflichen Lebensweg alles Gute.

Das Berliner Büro wird daher zukünftig durch Frau Konstanze Schlegelberger verstärkt. Sie wird sich vor allem um die neue Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ kümmern und im Bereich Finanzpolitik unterstützend tätig sein.

Sie erreichen Frau Schlegelberger ab sofort unter bjoern.saenger.ma04@bundestag.de oder telefonisch unter der 030/22774665 (nachmittags).

Deutscher Bundestag
Björn Sänger, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030-227 74665
Fax: 030-227 76665

E-Mail: berlin@bjoern-saenger.de
Homepage: www.bjoern-saenger.de

Bildnachweis:
S. 1: dpa

Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“

Am 17. Januar hat die Bundestags-Enquetekommission für ein nachhaltiges Wirtschaften ihre Arbeit aufgenommen. Der Auftrag an die Kommission sieht vor, den Stellenwert von Wachstum in Wirtschaft und Gesellschaft zu ermitteln, einen ganzheitlichen Wohlstands- oder Fortschrittsindikator zu entwickeln und die Möglichkeiten und Grenzen der Entkopplung von Wachstum, Ressourcenverbrauch und technischem Fortschritt auszulotsen. Ferner soll sie den Einfluss von Arbeitswelt, Konsumverhalten und Lebensstilen auf Möglichkeiten nachhaltigen Wirtschaftens

untersuchen und konkrete politische Handlungsempfehlungen für ein ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltiges Wirtschaften entwickeln. Für die FDP-Bundestagsfraktion werde ich der Kommission als stellvertretendes Mitglied angehören.

Das Thema nachhaltiges Wirtschaften ist umfangreich und erfordert Expertenwissen. Eine langfristige Vorbereitung und die Unterstützung durch Berater aus Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sollen dafür sorgen, dass künftig die richtigen Entscheidungen getroffen

werden. Denn die Lebensqualität der deutschen Bürgerinnen und Bürger soll auch in Zukunft steigen und kann nicht ausschließlich am Bruttoinlandprodukt festgemacht werden. Selbstverständlich stellen Wirtschaftswachstum und Wettbewerb für mich als Liberalen nach wie vor unverzichtbare Grundlagen für gesellschaftlichen Wohlstand dar und ich werde mich in meiner Arbeit in der Kommission auch weiterhin für die Sicherung dieser Grundlagen einsetzen.

Ansprechpartner im Berliner Büro:
Anja Waldschmidt und
Konstanze Schlegelberger



twitter.com/bjoernsaenger
facebook.com/bsaenger
meinvz.net/bjoern-saenger